Dieses Blatt wird den Lesern von Dresden und Umgebung am Tage vorher bereits als **Vorabend-Blatt** zugestellt, während es die Post-Bezieher am Morgen in einer Gesamtausgabe erhalten.

59. Jahrgang. № 267. Sonntag, 26. September 1915.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Sammelnummer für sämtliche Telephonanschlüsse: 25 241. Nachtanschluß: 20011.

Bezugs-Gebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- u. Montagen nur einmal) 2,85 M. durch auswärtige Annahmestellen 3,30 Mark. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 M. (ohne Bestellgeld). Ausland: Oesterreich-Ungarn 5,45 Kr., Schweiz 5,60 Frks., Italien 7,17 Lire. — Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werd. nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Preise Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die einspaltige Zeile (etwa 8 Silben) 30 Pf., die zweispaltige Zeile auf Textseite 70 Pf., die zweispaltige Reklamezeile 1,50 M. — Ankündigungen in Nummern nach Sonn- und Feiertagen erhöhte Anzeigen-Preise. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Jedes Belegblatt 10 Pf.

Dresdner Handelsbank
Aktiengesellschaft
Ostra-Allee 9, im Hause der Kaufmannschaft • Schlachthofring 7.

Annahme verzinslicher Bareinlagen.
An-, Verkauf und Beleihung von Wertpapieren.
Einlösung von Zins-, Gewinnerträgnisscheinen und ausgelosten Wertpapieren.
Eröffnung laufender Rechnungen u. Scheckverkehr.
An- und Verkauf fremder Geldsorten.

Einziehung und Ankauf von Wechseln.
Verwaltung von Wertpapieren, sowie Aufbewahrung geschlossener Wertpakete.
Vermietung von feuer- und einbruchsicheren Stahlfächern unter Verschluß des Mieters und Mitverschluß der Bank.

Englische und französische Geldsorgen.

Der Kampf um die Wehrpflicht in England. — Rußlands innere Schwierigkeiten. — Italien und Serbien. — Gedrückte Stimmung in Serbien. — Die deutsch-amerikanischen Verhandlungen über die Versenkung des „William P. Frye".

Der amtliche deutsche Kriegsbericht

ist heute bis zur Drucklegung unserer Abendausgabe nicht eingetroffen.

Englische und französische Geldsorgen.

Holländische Bankkreise hören aus London, daß man trotz aller Schwierigkeiten von dem Zustandekommen der dritten englischen Kriegsanleihe in Amerika überzeugt sei, daß man aber jetzt bereits von der kommenden vierten Kriegsanleihe Englands spreche, die im November aufgelegt werden müsse. Die letzte Zahlung auf die zweite englische Kriegsanleihe muß im Oktober mit 159 Millionen Pfd. Sterl. erfolgen. Der französische Oekonomist Finot reichte seiner Regierung eine Denkschrift ein, worin er den Verkauf sämtlicher ausländischer Wertpapiere des französischen Publikums unter Aufsicht des Staates durch ein französisches Bankenkonsortium an den Börsen des Auslandes empfiehlt. Der erlöste Goldbetrag soll zur Verfügung der französischen Regierung gestellt werden. Das Projekt wird laut einer „Havas"-Meldung in Bank- und Parlamentskreisen lebhaft besprochen. Die Wertpapiere des Publikums sollen von der Regierung zum Tageskurs gegen Schatzbons übernommen werden, worauf die Regierung die Wertpapiere durch das Bankenkonsortium an ausländischen Börsen verkaufen soll. — Es ist bekannt, daß das französische Publikum zum großen Teil russische und amerikanische Papiere besitzt. Es ist auch bekannt, daß diese Papiere augenblicklich fast ausschließlich mehr oder weniger wertlos sind. Wenn sich die französische Regierung trotzdem entschließt, solche Wertpapiere gegen Schatzbons zu übernehmen, so muß ihre Geldnot wirklich sehr drückend sein.

„Daily News" melden: Der liberale Abgeordnete Cecil Harmsworth sagte in einer Rede, es sei möglich, daß die Regierung infolge der Schwierigkeiten im Schatzamt die Kriegsanleihescheine von 5 Schilling aufheben werde, obwohl sie so populär seien. (W. T. B.)

Nach dem „Temps" wurde zwischen der Bank von Algerien und dem Finanzminister eine Vereinbarung getroffen, wonach die Bank dem Staate weitere 100 Millionen Franken zur Verfügung stellt. (W. T. B.)

Ribot über Frankreichs Finanzen.

Die französische Kammer beriet in ihrer letzten Sitzung über den Haushaltplan. Der Finanzminister Ribot ersuchte die Kammer, den Haushalt nicht im einzelnen einer Beratung zu unterziehen, denn Frankreich sei im Kriege, und man müsse schnell vorgehen. Bezüglich des Wechselkurses erinnerte Ribot daran, daß der Ausschuß nach Mitteln suche, um ihn zu verbessern. Er könne sich nicht darüber auslassen. Aber der Wechselkurs sei bereits weniger niedrig. Der Eingang an Gold sei durchaus ermutigend. Die Ausgaben wüchsen ständig infolge des Krieges, aber in Frankreich weniger schnell, als in England und Deutschland. Frankreich werde mit Ruhe seine Pflicht tun, um Hilfsquellen zu finden. Im letzten Monat hätten die Verteidigungs- und Staatsschatzscheine 436 Millionen, die Obligationen 157 Millionen ergeben. Es herrsche demnach eine große patriotische Wallung im Lande. Ribot dankte schließlich der Kammer für ihre Mitwirkung und erklärte, das gegenseitige Vertrauen werde Frankreich zum Siege führen. (W. T. B.)

Der französische Heeresersatz.

Nach dem „Petit Parisien" wurde in den Wandelgängen der französischen Kammer behauptet, der vermittelnde Vorschlag des Ausschusses für Ackerbau sei angenommen worden, wonach die Jahresklasse 1917 Anfang Dezember eingezogen wird. (W. T. B.)

Ein französischer Flieger tödlich verunglückt.

Nach einer Meldung der Agence Havas aus Toul ist der Sohn des Generals Maudhuy, Leutnant in einem Dragoner-Regiment, der in einem Armeebefehl lobend erwähnt worden war, weil er als Beobachter eines französischen Flugzeuges sechs deutsche Flieger angegriffen haben sollte, auf dem Flugplatz von Toul mit seinem Zweidecker tödlich verunglückt. (W. T. B.)

Die Sorge für die Schwarzen in Frankreich.

Nach Anhörung des Kriegsministers und des Finanzministers nahm der Haushaltausschuß in dem Entwurf betreffend das provisorische Zwölftel für das letzte Vierteljahr 1915 Kredite von 46 Millionen Franken auf, die für den Unterhalt von 50 000 Mann schwarzer Truppen während des letzten Vierteljahres 1915 bestimmt sind. Der Berichterstatter führte aus, die Annahme dieser Kredite bekräftigt die enge Zusammengehörigkeit Frankreichs und seiner Kolonien, deren Bataillone sich seit Ausbruch des Krieges ausgezeichnet hätten. (W. T. B.)

Ein entdeckter belgischer Anschlag.

b. Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" berichtet aus Roeremond: In Weert, einem Orte der holländischen Provinz Limburg, wurden zwei Belgier angehalten, die im Besitze einer mit zahlreichen Melinitpatronen gefüllten Handtasche waren. Am Abort des Bahnhofes fand man noch eine große Anzahl von zu Dutzenden zusammengebundener Melinitpatronen. Die Belgier erklärten, von Vlissingen gekommen zu sein. Es sind zahlreiche weitere Verhaftungen vorgenommen worden.

Ein Amsterdamer Blatt meldet hierzu noch aus Budel: Am 22. September seien auf dem Wege nach dem belgischen Orte Molenbeersel mehrere Belgier verhaftet worden, in deren Koffer sich Büchsen mit Sprengstoffen, darunter Melinit mit Lunten daran, befunden hätten, welche aus der Fabrik von Copal u. Co. in Canbille bei Hamont in Belgien vom Jahre 1909 stammten. Am folgenden Tage seien in Verfolg der Untersuchung noch mehrere Belgier in Weert verhaftet worden, da man im Garten und in der Nachbarschaft des von ihnen bewohnten Hauses Behälter mit Sprengstoffen und Lunten fand. Das Verhör der acht Verhafteten ergab, daß sie sich nur vorübergehend in Weert aufhielten und aus Vlissingen gekommen waren. Man glaubt, daß beabsichtigt war, die deutschen Befestigungen in der Umgebung von Lüttich in die Luft zu sprengen. Die zweite Gruppe der Verhafteten ist wieder auf freien Fuß gesetzt worden. (W. T. B.)

Rußlands innere Schwierigkeiten.

Die Petersburger „Wjedomosti" schreibt: Der Zar berief Goremykin, der nach Petersburg zurückgekehrt war, telegraphisch in das Hauptquartier zur Teilnahme an der Audienz des Dumapräsidenten.

Die Versammlung der russischen Städtevertreter.

„Daily Telegraph" meldet aus Petersburg vom 23. d. M.: Während sich in Moskau die Verhandlungen der Semstwovertreter würdig und harmonisch abspielten, entstand in der Versammlung der Munizipalitäten eine kräftige Opposition der Linken. Die Verhandlungen waren zeitweise sehr bewegt, selbst stürmisch und drohten in ein Kreuzfeuer persönlicher Provokationen auszuarten. Die Minderheit verlangte eine Abstimmung über die von ihr beantragte Entschließung, in der man anscheinend ein verantwortliches Ministerium und ein Koalitionskabinett forderte. Die Verlesung der Entschließung erntete starken Beifall, wurde aber durch eine starke Mehrheit abgelehnt. Eine Entschließung der Mehrheit wurde sodann gegen nur drei Stimmen angenommen. Die Wahl einer Abordnung verursachte einen neuen Streit. Die Minderheit setzte durch, daß Gutschkow nicht gewählt wurde. (W. T. B.)

Wachsende Unruhe in Moskau.

b. Von einer aus Moskau in Stockholm eingetroffenen Persönlichkeit erfährt der Stockholmer Korrespondent des „Lok.-Anz.", daß auch dort seit der Vertagung der Duma täglich ernstere Krawalle und wachsende Pogromstimmung festzustellen sind. Arbeiter, Studenten und Frauen, ja sogar Untermilitärs durchziehen die Straßen und rufen: „Nieder mit dem Zaren!" Vor der Stadtduma schrie eine tausendköpfige Menge: „Schlagt Goremykin, den Halsabschneider, tot!" Sie beruhigten sich erst, als das Stadtoberhaupt Tschalnakow eine kurze mahnende Ansprache hielt. Die Arbeit in den Fabriken ist fast allgemein eingestellt. Ein in Moskau angeschlagener Aufruf besagt, Rußland führe einen großen Befreiungskrieg. Falls die Resolutionen der Moskauer Duma angenommen würden, werde auch das Ziel erreicht werden. Allerdings seien augenblicklich Intrigen am Werke, welche die Lage gefährdeten. Trotzdem sei im Angesicht des Vorrückens der Feinde Vertrauen und Ruhe notwendig. Der Aufruf schließt mit der heißen Bitte, zu arbeiten und ruhig zu sein. Auch der Moskauer Metropolit mahnt zur Einigkeit. Das Stadtoberhaupt Tschalnakow wurde telephonisch von Goremykin mit dem Stadthauptmann zum Rapport berufen. Daraufhin tagte ein Ministerrat, welcher beschloß, infolge der drohenden Haltung der Bevölkerung den Moskauer Städtetag nicht zu verbieten. Infolge der wachsenden Unruhe wird in der Presse der Rechten immer lauter der Ruf nach einem Diktator laut. Die „Rußkoje Slowo" fordert die Auflösung sämtlicher korporativer Verbände.

Der ehemalige russische Minister des Innern

Durnowo, Führer der Rechten im Reichsrate, ist gestorben. (W. T. B.)

Der Kampf um die Wehrpflicht in England.

Zahlreiche Mitglieder der liberalen Partei teilten Asquith mit, daß sie ihren Austritt aus der liberalen Partei zu vollziehen entschlossen seien, sofern die Regierung die allgemeine Wehrpflicht einbringe.

Eine Betrachtung über den Wirtschaftskrieg.

„Daily News" schreiben in einem Leitartikel: Die Tage sind vorüber, wo man glaubte, daß eine Hungersnot Deutschland in wenigen Monaten zwingen würde, zu Kreuze zu kriechen. Die Theorie, daß die enormen Kosten des modernen Krieges es den zivilisierten Staaten unmöglich machen würden, einen langen Krieg zu führen, bestand die Probe noch nicht. Das Blatt fährt fort: Die Begeisterung, mit der Mac Kennas Haushaltplan aufgenommen wurde, ist ein Beweis nationaler Stärke, so wie die Besorgnis deutscher Finanzkreise über die Aussichten der jüngsten Kriegsanleihe Beweis nationaler Schwäche (?) ist. (W. T. B.) — 12 Milliarden!

Die strengen Zensurvorschriften in England.

„Labour Leader" schreibt: Infolge der neuen Vorschriften des Pressebureaus können wir den Lesern über viele Entwicklungsvorgänge in der Gewerkschaftswelt nichts berichten. (W. T. B.)

Anklagen der englischen Arbeiter gegen die Regierung.

b. Aus englischen Arbeiterkreisen ist ein Rundschreiben bei den amerikanischen Arbeiterorganisationen eingetroffen, das schwere Anklagen gegen die englische Regierung und die englischen Kapitalisten enthält. Der Aufruf besagt, es sei bisher nicht der Mangel an Patriotismus der englischen Arbeiter gewesen, der zu den Ausständen geführt habe. Die Lebensmittel seien um 25 Prozent erhöht worden und die Regierung habe sich geweigert, Maßnahmen für den Schutz der Arbeiter und ihrer Familien zu ergreifen. Seit zehn Monaten seien es die organisierten Arbeiter, die den Löwenanteil des Kampfes in Großbritannien trügen. In den letzten zwei Monaten habe die Arbeitsleistung des Volkes abgenommen, jedoch nur, weil es ganz erschöpft, ermattet sei und nicht mehr imstande, länger Tag und Nacht zu arbeiten. In den Fabriken hätten alte Handwerker in der Woche 80 Stunden gearbeitet. Die Entrüstung der Arbeiter richte sich nur gegen die Regierung, und diese Entrüstung kenne keine Grenzen. Die Soldaten in den Schützengräben erhielten jede zweite Woche drei bis vier Ruhetage, die Arbeiter in den Waffen- und Munitionsfabriken hätten in den letzten neun Monaten keinen einzigen Ruhetag bekommen. Die habgierigen Arbeitgeber würden von der Regierung unterstützt. („Nat.-Ztg.")

Lloyd George enttäuscht.

Arnold Bennett schreibt in den „Daily News": Lloyd George hat wundervolle Eigenschaften, er hat Bewundernswertes geleistet, aber letzthin bereitete er schmerzliche Enttäuschung. Seine wunderbaren Eigenschaften fanden keinen Spielraum, sein Gleichgewicht wurde etwas gestört. Ich war bestürzt, als ich die erste Anzeige des Titels seines Buches „Durch Schrecken zum Triumph" las. Es war kaum glaublich, daß ein verantwortlicher Kabinettsminister sich solch einen billigen Sensationstitel erlaubte. Die Phrase scheint symptomatisch zu sein. Der Verfasser schließt: Die Nation werde in diesen Zeiten den soliden englischen Charakter Asquiths und Greys dem Uebersprudeln Lloyd Georges vorziehen. (W. T. B.)

Der Unterseekrieg.

Der britische Dampfer „Urbino" von der Wilson-Linie, 6651 Bruttotonnen groß, ist versenkt worden. Die Besatzung wurde gerettet. (W. T. B.)

Die von der Besatzung des versenkten Dampfers „Chancellor" vermißten 11 Mann sind, wie das Reuter-Bureau mitteilt, in Queenstown angekommen, nachdem sie 20 Stunden in Booten zugebracht hatten. (W. T. B.)

Eine Niederlage der Regierung im Oberhause.

Im Oberhause erlitt die Regierung bei Erörterung der Kriegspensionsbill eine Niederlage. Trotz der Reden Elewes und Lansdownes nahm das Haus mit 35 gegen 26 Stimmen einen Abänderungsantrag Devonport an. (W. T. B.)

Aus dem englischen Unterhause.

In der Unterhaussitzung fragte der Unionist Terrel, ob die Zentralmächte Kriegsmunition an die Türkei lieferten und durch welche neutrale Länder sie gehe. Grey lehnte eine Antwort ab. Asquith sagte auf eine Frage, er könne die Einsetzung von parlamentarischen Kriegskommissionen nach französischem Muster nicht empfehlen, und auf eine Frage über die große Zahl der Kabinettsmitglieder, er beabsichtige keine Aenderung in der Zusammensetzung des Kabinetts. Hogge fragt an, ob Lloyd George Asquiths Zustimmung gehabt habe, als er erklärte, daß England in Gefahr sei, oder ob diese Erklärung unrichtig sei. Er erhielt keine Auskunft. Bei der Budgetdebatte kritisierte Barnes die Steuerfrage. Er schloß, die Arbeiter würden die Steuern tapfer tragen und alles bewilligen, was die Fortführung des Krieges verlange. Walton (liberal) führte aus: Weder Regierung noch Nation erkennen die Notwendigkeit strenger Sparsamkeit. Drastische Mittel seien daher notwendig. Man höre viel von wirtschaftlicher Erschöpfung Deutschlands. Aber Deutschland töte der Krieg trotz seiner drei- oder viermal größeren Heere nicht mehr als England. Sir Alfred Mond kritisiert das Budget unter dem Gesichtspunkte des Freihandels. Mac Kenna erwiderte, daß durch die Einfuhrzölle auf Luxuswaren kein Steuerprinzip festgelegt werden solle. Wenn sich der Streit zwischen Schutzzoll und Freihandel erneuern sollte, so würde er selber im Lager der Freihändler stehen. Mac Kenna erwähnte, daß die Besteuerung der Kriegsgewinne auch auf die Schiffsreeder Anwendung finde. Er bemerkte, daß die letzte Besteuerung des Bieres das Volk veranlaßt habe, mehr Whisky zu trinken. Der Bierverbrauch sei im letzten halben Jahre